

LSAP verlangt bessere Umweltpolitik

"Außer Ankündigungen ist im Umweltbereich nicht viel passiert in den drei Jahren, die diese Regierung im Amt ist", bemängelte Alex Bodry am vergangenen Dienstag auf einer Pressekonferenz der LSAP zur Umweltpolitik. Schon 1999 habe er kritisiert, dass dem Umweltministerium große Teile seiner Zuständigkeiten und Finanzmittel entzogen worden seien. Seither habe sich der DP-Umweltminister darauf beschränkt, Subsidien zu verteilen. "Das reicht aber nicht. Es braucht auch Normen, Gebote, Verbote", so der LSAP-Politiker. Das passe jedoch nicht zur liberalen Philosophie. Schließlich warf er der Regierung Doppelzüngigkeit vor: Zu Kyoto sage zum Beispiel der Umweltminister ja, der Wirtschaftsminister nein. Das erinnert an die Zeit vor 1999, als ein gewisser Alex Bodry Umweltminister war und dabei oft gegen den damaligen Wirtschaftsminister und Parteikollegen den Kürzeren zog. Und: Hätten nicht einige der Maßnahmen, deren Unterlassung Alex Bodry der Regierung vorwirft, bereits von ihm realisiert werden können? Der Ex-Umweltminister hielt dem entgegen, dass Regierungspolitik nie perfekt sei. Besonders schmerze ihn allerdings, dass er den Eindruck habe, Dossiers, in die er viel Arbeit investiert habe, seien einfach liegengeblieben und würden jetzt "neu entdeckt".

Studien schützen vor Torheit nicht

Indem gleich sechs Ministerien vergangene Woche zur Pressekonferenz trommelten (woxx 634, S.3) sollte auch ein Umdenken in Sachen langfristiger Landesplanung symbolisiert werden. Allerdings machten einzelne Andeutungen deutlich, dass trotz groß angelegtem "Integrierten Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept" (IVL) die Straßenbauer auch die nächsten Monate genug zu tun haben. Innenminister Wolter bestätigte jüngst in einer Antwort an den ADR-Abgeordneten Gibéryen: Die als "Basisfall" aufgelisteten Vorhaben "sont déjà décidés et (...) les travaux seront poursuivis (p.ex. la route du Nord)". Dass inzwischen selbst die Straßenbauverwaltung Zweifel am Sinn der geplanten Trassenführung der Nordstraße hat, und die IVL-Studie durchaus diese zusätzliche Straße längerfristig als überflüssig einstufen könnte, bleibt also außer Acht. Da die weitaus meisten Straßenbauprojekte ohnehin als "Basisfall" eingestuft wurden, bleibt den ExpertInnen nicht mehr viel übrig, was noch zu studieren wäre. Außer im Kapitel "Wie können wir die Fehler der jüngsten Vergangenheit nachhaltig wieder ausmerzen?".

Armutsbekämpfung durch Armenbekämpfung

Der DP-Abgeordnete Theo Stendebach, der zugleich auch Mitglied im Gemeinderat der Stadt Luxemburg ist, hat einen neuen Angriff auf die Obdachlosen in Bonneweg gestartet. In einer parlamentarischen Anfrage an die zuständige Ministerin Marie-Josée Jacobs setzt sich der Saubermann dafür ein, Obdachlose wegen überschrittener Kapazitäten im Bonneweger "Foyer Ulysse" künftig auch "auf andere Regionen des Landes" zu verteilen.

In ihrer Antwort hat die Ministerin den Vorschlag dankbar aufgenommen: In Hautbellain, im äußersten Norden des Landes, und in Diekirch soll das "Comité National de Défense Sociale" künftig die soziale Sicherheit verteidigen, pardon, zwei solcher Anlaufstellen für Obdachlose unterhalten. Auch in Ettelbrück und im Süden des Landes sollen spezielle Beratungsstellen für erwachsene Menschen in Not entstehen, beruhigt die CSV-Politikerin ihren Kollegen Stendebach.

Ob diese neuen Auffangstrukturen allerdings im Sinne einer effektiven Armutsbekämpfung konzeptionell durchdacht sind, darüber verliert Jacobs kein Wort. Wozu auch? Stendebach hatte danach ja nicht gefragt - und immerhin, die Fassade des sauberen Luxemburgs wäre damit wieder aufgepoliert.

MANIFESTATION**Bouche bée**

Le "Comité pour la Paix au Proche-Orient" avait appelé, mercredi, à une manifestation, en réaction à la réunion extraordinaire des ministres des Affaires étrangères.

(gk) - "Urgent! Manifestation pour la Palestine ce soir 19.15 heures Kirchberg (Tour européenne). Prière de diffuser." Cet e-mail du "Comité pour la Paix au Proche-Orient" nous était parvenu dans l'après-midi de la journée de mercredi, 4 avril.

Le soir même, près d'une centaine de personnes avaient répondu présent. La moitié des manifestant-e-s environ était des Palestiniens et Palestiniennes venu-e-s des pays limitrophes, de Trèves surtout. Ceux/celles-ci avaient vite fait de monter l'ambiance. "PLO, Sharon No,



Manifestant-e-s en stationnement interdit.

PLS[?], Arafat Yes", "Bush, Sharon, assassin", ou encore "Sharon, terroriste", étaient les slogans qui accompagnaient l'arrivée au compte-gouttes des officiels européens.

Face à quoi, la police luxembourgeoise dressait des lignes imaginaires. "On a voulu éviter de mettre des barricades hautes comme ça [une main s'élève à deux mètres au dessus du sol]. Alors, s'il vous plaît, restez où on vous dit de rester," expliquait leur chef. Il fallait demeurer sur le trottoir en face de l'entrée et ne pas se mettre en dessous du fameux passage aérien, reliant la Tour européenne à l'Hémicycle. "Pourquoi?", demandaient certain-e-s manifestant-e-s. "Ils le veulent ainsi, alors on le fait", finit par répondre un jeune policier.

Les manifestant-e-s présent-e-s mercredi soir se déclaraient donc solidaires avec le peuple palestinien attaqué par Israël. L'appel du "Comité pour la Paix au Proche-Orient" énonce les revendications suivantes: "l'établissement d'un Etat palestinien viable à côté de l'Etat d'Israël, dans le respect mutuel des droits et des aspirations légitimes des deux peuples; le retrait immédiat de l'armée israélienne des territoires occupés depuis 1967; le démantèlement des implantations de colons israéliens en Cisjordanie et dans le bande de Gaza; une force de protection internationale; la reconnaissance des deux Etats, Israël et Palestine, par leurs voisins, les pays arabes et la communauté internationale; le respect des principes et résolutions des Nations-Unies ainsi que des conventions de Genève."

"déi Lénk" estime que "l'Union européenne doit appeler Israël à mettre fin immédiatement à sa politique d'occupation, se distancier de l'axe Washington-Tel Aviv et appeler clairement au respect du Droit international". Un appel qui s'adresse évidemment aussi au gouvernement luxembourgeois. Tout comme celui de "Déi Gréng": "Die Logik, in einer blinden Anti-Terror-Kampagne Arafat zur Achse des Bösen zu zählen und die Palästinenser durch Militärschläge, illegale Massenverhaftungen, gezielte Provokation und Unterdrückung in die Knie zu zwingen, wird nicht aufgehen. Der Konflikt wird nicht gelöst, sondern Stunde um Stunde durch die Schaffung von mehr Märtyrern im palästinensischen Lager angeheizt werden." Le POSL parle lui aussi d'une "Gewaltspirale" et condamne sévèrement "den un menschlichen Krieg der israelischen Regierung in den palästinensischen Gebieten sowie gleichzeitig die terroristischen Angriffe palästinensischer Selbstmordattentäter auf israelische Zivilisten."

Communiqués et bouts de papiers qui ne changeront sans doute pas grand-chose. Le gouvernement luxembourgeois et l'UE se tiennent visiblement à carreau. Lydie Polfer, ministre des Affaires étrangères n'avait elle pas déclaré: "Nos moyens sont limités! Une intervention militaire est exclue, des sanctions économiques seraient vraisemblablement inefficaces ..." (Le Jeudi, 4.4.2002). Face à l'escalade inacceptable du conflit palestino-israélien, l'Europe continue donc à rester bouche bée.

URWALDGIPFEL**Kinder für den Urwald**

Zum Auftakt des Urwaldgipfels in Den Haag werden am Montag Luxemburger Kids dem Umweltminister einen Besuch abstatten. Motto: Nerven sägen statt Urwaldbäume.

(dw) - Die Szene erinnert an einen Werbespot für einen Horrorstreifen: Das traute Familienglück im Wohnzimmer wird jäh durch lautes Motorengeräusch gestört, Mutti blickt entsetzt auf die Decke, durch die sich gerade das erste Motorsägenblatt bohrt. "Ihr Haus kann wieder aufgebaut werden - das der Tiere im Urwald nicht", heißt es, und es folgen schöne Bilder aus dem Urwaldidyll. "The Ancient Forests" ist ein Werbespot - einer, mit dem die Umweltorganisation Greenpeace dieser Tage in den Kinos weltweit auf die tägliche Zerstörung der tropischen Regenwälder aufmerksam machen will.



Auch in Luxemburgs Filmhäusern ist der Spot seit dem Wochenende und noch bis zum 11. April zu sehen. Nein, zu abschreckend sei der Streifen nicht, meint Roger Spautz von Greenpeace-Luxemburg. "Der Einstieg wurde bewusst so gewählt, um die Message rüberzubringen, dass das Zuhause der Tiere im Urwald zerstört wird." Weniger brutal geht es bei der zweiten Aktion zu, die Greenpeace Anfang nächster Woche zum Thema Urwald startet. Über 100 Kinder werden am Nachmittag dem Umweltminister Listen mit rund 6.000 Unterschriften überreichen. Mit der

Bitte dieses Paket mit auf die Reise nach Den Haag zu nehmen. Dort werden sich ab Montag zwei Wochen lang Regierungsleute und Experten zum UN-Urwaldgipfel treffen.

Save or Delete?

Unter dem Motto "Nerven sägen statt Urwaldbäume" startete Greenpeace die Kampagne "Kids for Forests". Ein voller Erfolg, so Spautz. Im Laufe des vergangenen Jahres kamen über 100 Anfragen für das angebotene Infomaterial über Regenwälder. Greenpeace verschickte CD-Roms, Videos und Unterschriftenlisten an interessierte LehrerInnen und SchülerInnen. Im Paket erfahren die Kids nicht nur etwas über die "Fantastischen Sieben", die sieben größten Regenwaldgebiete der Erde. Sie finden auch heraus, wie sie selbst zum Urwaldbotschafter werden. Solche Botschafter, heißt es auf der Greenpeace-Homepage, sorgen dafür, dass immer mehr Leute urwaldaktiv werden - zur eindeutigen Identifizierung händigt Greenpeace den kleinen Missionaren nach einem kurzen Check einen waschechten Urwaldbotschafter-Ausweis aus.

Derart gerüstet sollen sie draußen im Gelände für die drei M's werben: Ein Moratorium, das heißt ein Motorsägenstopp

in allem großen Urwaldregionen; Maßnahmen zum Schutz dieser Gebiete und schließlich Moneten, die nötige finanzielle Unterstützung für die Länder, in denen sich die Schutzgebiete befinden. "Trotz der vor zehn Jahren in Rio beschlossenen Konvention für die biologische Vielfalt konnte die Zerstörung der letzten zusammenhängenden Urwälder nicht gestoppt werden", sagt Kampagnenleiter Roger Spautz. Einen kleinen Erfolg konnte Greenpeace-Luxemburg schon verbuchen: Nachdem die Organisation Anfang letzten Jahres interveniert hatte, sagten die Verantwortlichen des "Service des Sites et Monuments" zu, beim Umbau des "Fort Thüngen" auf Tropenholz zu verzichten und stattdessen zertifiziertes Holz zu verwenden.

"In Den Haag müssen die internationalen Vereinbarungen endlich umgesetzt werden." Greenpeace, so Spautz, will eine klare Antwort auf die Frage "Save or Delete?", ob die letzten Urwälder gerettet oder vernichtet werden sollen. Der Luxemburger Umweltminister Charles Goerens soll sich nun in Den Haag für die drei M's einsetzen. Möglicherweise werden die Kids ihm dabei direkt auf die Finger schauen. Greenpeace International hat Kinder aus allen Ländern zum Gipfel eingeladen. Geplant ist, dass in der zweiten Konferenzwoche auch 20 Luxemburger Urwaldbotschafter nach Den Haag reisen.